

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 81 (1987)
Heft: 3

Artikel: Sozialismus in Österreich : Zeit der Zäsuren
Autor: Steger, Gerhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143323>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialismus in Österreich: Zeit der Zäsuren

Die österreichische Sozialdemokratie galt nicht nur zwischen den beiden Weltkriegen als Musterbeispiel der internationalen demokratisch-sozialistischen Bewegung, sie konnte auch nach 1945 eine starke Ausstrahlung gewinnen. Höhepunkt dieser Entwicklung war das Kunststück, dreimal hintereinander (1971, 1975, 1979) die absolute Mehrheit an Stimmen und Parlamentsmandaten zu erringen. Die Gründe dafür waren vielfältig:

– Der «Zeitgeist» wehte in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren nach links (Aufbruch des Zweiten Vatikanischen Konzils, Studentenbewegung, Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD in der Bundesrepublik).

– Die SPÖ konnte sich glaubhaft als Modernisierungspartei für die vielfach verkrustete österreichische Gesellschaft und Wirtschaft darstellen.

– Die SPÖ erhob zugleich den Anspruch, eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft weiterhin aufrechtzuerhalten, hatte also «Visionen».

– Das bürgerliche Lager war in Österreich traditionell politisch schwächer als in vielen europäischen Staaten, weil es ökonomisch schwächer war (und ist): Es dominieren Klein- und Mittelbetriebe, privates österreichisches Grosskapital ist in nur geringem Umfang vorhanden; andererseits existieren ein relativ starker Gewerkschaftsbund und ein beträchtlicher gemeinwirtschaftlicher Sektor.

– Last not least: Die ungewöhnliche Ausstrahlung des SPÖ-Spitzenkandidaten Bruno Kreisky verschaffte der SPÖ

in einer Zeit, in der die Rahmenbedingungen für sie ohnehin günstig waren, auch personell eine klare Überlegenheit; gerade die von Kreisky mit grossem Engagement betriebene Öffnung zu den christlichen Kirchen kann als ein historischer Durchbruch der österreichischen Sozialdemokratie zu neuen Sympathisanten gelten.

Das Abbröckeln der Wählerkoalition

Mit dem Verlust der absoluten Mehrheit bei den Nationalratswahlen 1983 und der folgenden sozial-liberalen Koalition begann für die SPÖ eine beispiellose Serie von Wahniederlagen auf allen politischen Ebenen. Die Gründe dafür waren abermals mehrere:

– Die ökonomische Krise liess sich eben nicht innerhalb des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems lösen; auch sozialdemokratischer Staatsinterventionismus konnte steigende Arbeitslosenzahlen, wachsende Finanzierungsprobleme des Wohlfahrtsstaates usw. lediglich mildern, aber nicht verhindern.

– Vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise bröckelte jene Wählerkoalition, die in den siebziger Jahren die absolute Mehrheit gesichert hatte, auseinander: Soziale Aufsteiger wandten sich von der SPÖ ab, Teile der Arbeiterschaft gingen verstärkt nicht wählen oder wählten gar eine andere Partei, die Intellektuellen stellten eine ständig schwindende geistige Ausstrahlung der Partei – parallel zum Verlust an gesellschaftsverändernder Perspektive – fest und blieben zunehmend weg, die Jungen erlebten die SPÖ als etablierte Partei und engagierten sich

– soweit sie für Politik überhaupt zu interessieren waren – eher in den neuen sozialen Bewegungen.

– Das Auseinanderbröckeln der SP-Wählerkoalition hatte freilich auch tieferliegende Ursachen: Die Entideologisierung der österreichischen Arbeiterbewegung im Zuge der Sozialpartnerschaft schwächte ihre Kampfbereitschaft merklich und machte viele Arbeiter empfänglich für das Sirenengeheul der Bürgerlichen, die vor allem auf dem Mediensektor eine überaus starke Position besitzen – übrigens ein zentrales Versäumnis der SP-Regierungen der siebziger Jahre. Und die gewerkschaftliche Lohnpolitik – prozentuale Steigerungen statt Sockelbeträgen für niedrige Einkommensstufen oder gar nominell gleichen Erhöhungen für alle – hatte schon in den Jahrzehnten seit 1945 zu einem materiellen und damit verbunden wohl auch bewusstseinsmässigen Auseinanderdriften von unterschiedlichen Gruppen österreichischer Lohn- und Gehaltsabhängiger geführt.

Dem Sozialismus drohte also auch in Österreich zunehmend das historisch gewachsene Subjekt – die mit relativ homogenen Interessen ausgestatteten Lohn- und Gehaltsabhängigen – verlorenzugehen. Resultat: Die Theorie passte sich an die – vordergründige – Realität an. «Wir sind», so ein Lieblingswort des derzeitigen Parteivorsitzenden Fred Sinowatz, «eine Partei der Mitte» – was immer das heissen mag. Aus den tatsächlich sich verändernden ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen wird nicht der Schluss gezogen, dass nun die Bewusstseinsbildung (gerade im Wege praktischer politischer Aktionen) verstärkt werden müsse, um sozialistische Ideologie in zeitgemässer Gestalt unter die Leute zu bringen. Sozialistische Ideologie ist vielmehr nur in dem Mass freundlich geduldet, als sie sich in der Heiligenverehrung sozialdemokratischer Tradition äussert. Sozialismus hat, so scheint es, wenn schon keine Zukunft, so

doch zumindest eine glorreiche Vergangenheit. Und die wird umso lieber gepflegt, je weniger der Anspruch gestellt wird, sie mit der politischen Gegenwart zu vermitteln.

SP-Politik als Bumerang

Die Sozialdemokratie hat, indem sie den Wohlfahrtsstaat ohne ausreichende flankierende ideologische Bewusstseinsbildung schuf, die Voraussetzungen für ihren Niedergang selbst geschaffen. Ein typisches Beispiel ist die Schul- und Bildungspolitik: Wir preisen in Österreich die steigende Zahl der höheren Schüler und Studenten aus Arbeiterfamilien und wundern uns, dass sie zu einem beträchtlichen Teil als unpolitische oder gar Konservative den Bildungsweg beenden und nicht selten zur Gänze für die Sozialdemokratie verloren sind. Wir haben uns eben der Illusion hingegeben, es sei hinreichend, möglichst viele Kinder aus benachteiligten Bevölkerungskreisen durch bürgerliche Schulinstitutionen zu schleusen, statt energisch genug diese Institutionen zu verändern – bei allen Schwierigkeiten, die sich aus dem Umstand ergeben, dass Schulfragen im österreichischen Parlament der Zweidrittelmehrheit bedürfen, also auch der Zustimmung der grossen bürgerlichen ÖVP. Aber wir haben erst gar nicht jenen Druck erzeugt, der vielleicht geeignet gewesen wäre, die ÖVP mürbe zu machen.

Als Zwischenergebnis können wir festhalten:

– Die österreichische Sozialdemokratie hat es schon nach 1945, erst recht in der Zeit ihrer Alleinregierung verabsäumt, die politische Bewusstseinsbildung im selben Masse voranzutreiben wie die ökonomische Besserstellung der grossen Masse der Bevölkerung (wenngleich auch hier vieles an Umverteilung von oben nach unten auf der Strecke geblieben ist).

– Die ökonomische Krise führte prompt zu einem Abbröckeln der Wählerkoalition, und der Abgang Kreiskys 1983 be-

raubte die Partei der vieles überdeckenden Führungspersönlichkeit, was die ideologische Wüste in der SPÖ in aller Deutlichkeit offenbar werden liess. Eine zukunftsorientierte, dynamische, voller Reformschwung arbeitende Bewegung, die Österreichs Sozialdemokratie doch über lange Zeit zum Grossteil gewesen war – zuletzt wohl zu Anfang der siebziger Jahre –, fand sich als Sachwalterin des gesellschaftlichen Status quo wieder. Wer vom Kapitalismus isst, geht daran zugrunde.

Waldheims Sieg

Vor diesem Hintergrund ging die SPÖ in die Auseinandersetzung um die Bundespräsidentenwahl des vergangenen Jahres. Seit 1945 hatte die Sozialdemokratie sämtliche Kandidaten für das höchste Amt im Staate durchgebracht. Nunmehr war die Ausgangssituation sehr ungünstig. Eine unpopuläre SPÖ-FPÖ-Regierung, besonders bedrängt durch die schwierige Lage in der verstaatlichten Industrie, geführt von Persönlichkeiten mit zunehmend begrenzten Sympathien in der Bevölkerung, stets von einer politischen Feuerwehraction zur nächsten gedrängt, ohne politische Gesamtkonzeption, verschaffte der seit 16 Jahren in der Opposition befindlichen ÖVP kräftigen politischen Aufwind: trotz des nicht eben populären ÖVP-Chefs Alois Mock und seines noch weniger beliebten Generalsekretärs Michael Graff, ganz zu schweigen vom nicht erkennbaren politischen Konzept der ÖVP. Diese Partei profitierte also nicht von der eigenen Stärke, sondern von der Schwäche der anderen.

Die ungünstige Ausgangsposition wurde durch die auflodernde Anti-Waldheim-Kampagne in der internationalen Presse schlagartig verschärft. Diese Kampagne musste dem ehemaligen UNO-Generalsekretär als Wahlgeschenk erscheinen. Er erhielt dabei die kräftige Schützenhilfe der österreichischen Massenblätter. Tagtäglich trommelten die veröffentlichte Meinung und

die ÖVP den Bürgern ein: Wir wählen unseren Bundespräsidenten selbst, wir lassen uns vom Ausland nichts vorschreiben.

Die entsprechenden ÖVP-Wahlplakate waren im Gelb der Davidsterne gehalten. Antisemitismus hatte wieder politische Hochsaison. Österreich ist dafür ja leider ein guter Boden. ÖVP-Generalsekretär Graff sprach von den «ehrlosen Gesellen des jüdischen Weltkongresses». Die «Jetzt-erst-recht-Stimmung» griff weit über die ÖVP auf andere Schichten der Bevölkerung über. Und die Saat ging auf: Ein chancenloser Kurt Steyrer verlor die Wahl mit 54 zu 46 Prozent – weil er Kandidat der SPÖ war (die Sympathiewerte für Steyrer lagen deutlich über jenen für Waldheim) und weil die Angriffe gegen Waldheim diesem sehr genützt hatten.

Zwar ist Waldheim – berücksichtigt man die Nichtwähler – von der Mehrheit der Österreicher nicht gewählt worden, doch leidet der internationale Ruf Österreichs durch einen Präsidenten, der auch für viele Österreicher keinerlei moralische Autorität besitzt.

Die Nationalratswahl

Unter dem Eindruck der Niederlage legte der SPÖ-Vorsitzende Sinowatz die Führung der Regierungsgeschäfte nieder, und es kam Franz Vranitzky, zuvor Finanzminister und früher einer der führenden österreichischen Bankdirektoren. Vranitzky ist ein noch prononcierterer Rechtssozialist als Sinowatz, aber ungleich geschickter im Auftreten und signalisiert wirtschaftspolitische Sachkompetenz. Der Tendenz nach ist Franz Vranitzky der Helmut Schmidt Österreichs.

Binnen kürzester Zeit eroberte der neue Regierungschef die wirtschaftspolitische Kompetenz für die SPÖ zurück – freilich auf der Basis eines bisher in der SPÖ noch nie dagewesenen Ausmasses an marktwirtschaftlichen Orientierungen. Das musste die ÖVP am Nerv treffen, schickte sich die SPÖ doch an, selbst

das zu sein, was die ÖVP traditionell für sich beanspruchte, die «Wirtschaftspartei Nr. 1» (Parole beim Maiaufmarsch der SPÖ).

Kurz darauf näherte sich der seit langem in der FPÖ schwelende Machtkampf zwischen dem liberalen Flügel um Vizekanzler Norbert Steger und der nationalen Strömung um den Kärntner Politjüngstar Jörg Haider seinem Höhepunkt. Auf dem Herbstparteitag in Innsbruck stürzte Haider Steger als Parteichef. Dieser Kurswechsel war so drastisch (dies kam auch in der Atmosphäre des Innsbrucker Parteitags zum Ausdruck, als zum Beispiel ein Delegierter in seiner Rede erklärte, er würde mit Jörg Haider gerne wieder gen Russland marschieren), dass die SPÖ mit Recht die Zusammenarbeit mit der FPÖ beendete und die ohnehin im Frühjahr fälligen Neuwahlen auf den 23. November vorverlegte. Der Strömung um Vranitzky kam diese Gelegenheit zudem nicht ungelegen, war sie doch immer der Meinung gewesen, dass aus Gründen der innenpolitischen Stabilität eine grosse Koalition der kleinen Koalition vorzuziehen sei.

In einem kurzen, aber heftigen Wahlkampf gelang der FPÖ unter Jörg Haider eine taktische Meisterleistung. Selbst noch in der Regierung auf Abruf sitzend, präsentierte sich die FPÖ als Oppositionspartei gegen die sich anbahnende grosse Koalition, als Anwalt gegen die parteipolitische Aufteilung Österreichs und gegen die «Privilegienwirtschaft». Damit zog die FPÖ immer mehr bürgerliche Wähler von der ÖVP zu sich herüber, sprach aber auch viele verärgerte SP-Sympathisanten, besonders in wirtschaftlichen Krisengebieten, an.

Die ÖVP mit ihrem farblosen Obmann Mock konnte auf der personellen Ebene den ausstrahlungskräftigeren Vranitzky und Haider nichts Gleichwertiges entgensetzen und kam zudem mit ihren sachlichen Anliegen immer mehr in die Schere zwischen einer auf marktwirtschaftlichem Kurs segelnden SPÖ und ei-

ner rechtspopulistischen FPÖ.

Die Grünen schliesslich setzten im Herbst ihre internen Querelen öffentlichkeitswirksam fort – die österreichischen Grünen sind viel inhomogener als die deutschen, der rechte Flügel ist viel stärker als in der BRD – und stürzten in den Meinungsumfragen von acht auf vier Prozent ab.

So gab es am Wahlabend nur einen wirklichen Sieger: die FPÖ, die ihren Stimmenanteil mit 9,5 Prozent fast verdoppeln konnte. Die Grünen schafften zwar den Sprung ins Parlament (4,5 Prozent), blieben jedoch unter ihren Möglichkeiten. Die SPÖ rettete die relative Mehrheit (43 Prozent) trotz des Verlustes von nicht weniger als zehn Mandaten. Die ÖVP war der klare Verlierer (41 Prozent): Sie verfehlte nicht nur ihr Wahlziel, stärkste Partei zu werden, sie verlor auch vier Mandate und – besonders im Westen Österreichs – massive Wähleranteile an die FPÖ. Die Kommunisten konnten ihren Stimmenanteil ganz geringfügig erhöhen, blieben aber mit 0,66 Prozent eine vernachlässigbare Grösse.

Grosse Koalition mit Wende-Sprache

Zwar versuchte eine Strömung um ÖVP-Obmann Mock und dessen Generalsekretär Graff die Türe für eine Bürgerblockregierung mit der FPÖ offenzuhalten, die auf Sozialpartnerlinie eingeschworene Wirtschaft spielte jedoch nicht mit. Die SPÖ hatte von allem Anfang an erklärt, nach dem Bruch mit der FPÖ komme für sie nur die grosse Koalition in Frage. Damit waren die Weichen in Richtung einer «Vernunfttehe» der beiden Grossparteien gestellt. Die Frage war nur, wie dieses Bündnis inhaltlich und personell aussehen werde.

Darauf kamen bald die Antworten. Personell setzt sich die neue Bundesregierung aus gleich vielen Ministern und Staatssekretären beider Parteien zusammen. Der Umstand, dass die SPÖ nach wie vor die stärkste Partei ist, schlug sich

also in der Ressortaufteilung nicht nieder. Besonders schmerzlich muss die Überlassung des Aussenministeriums an den nunmehrigen Vizekanzler Mock empfunden werden – an jenen Mann also, der Kurt Waldheim für den Bundespräsidenten vorgeschlagen hatte. Ob die Verantwortlichen in der SPÖ dabei genügend auf das internationale Ansehen Österreichs Bedacht genommen haben? Bruno Kreisky sollte sich in seiner Kritik, die noch zur Sprache kommt, ganz besonders auf diesen Punkt beziehen.

Neben dem Aussenministerium erhielt die ÖVP ein neugeschaffenes Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten (Zusammenschluss des Handelsministeriums mit dem Bautenministerium), die Ressorts Verteidigung, Wissenschaft, Landwirtschaft, das Familienministerium, dem auch der Umweltschutz zugeschlagen wurde, sowie einen Kanzleramtsminister (zuständig u.a. für Föderalismusfragen und Verwaltungsreform), schliesslich einen Staatssekretär im Finanzministerium.

Der SPÖ verblieben neben dem Bundeskanzler und dem Finanzminister das Sozialministerium, das Ressort für verstaatlichte Industrie und Verkehr, das Unterrichts- sowie das Innenministerium, schliesslich ebenfalls ein Kanzleramtsminister (zuständig u.a. für Gesundheit sowie für Beamtenfragen) sowie die engagierte Frauenstaatssekretärin Johanna Dohnal.

Diese Ressortaufteilung spiegelt den gesunkenen Stellenwert des Umweltschutzes wider – statt mehr Kompetenzen für das einstige Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wird dieses nunmehr aufgelöst – und hat ohne Zweifel ein für die ÖVP günstiges Ergebnis gebracht.

Noch deutlicher ist der gemessen am Wahlergebnis übergrosse ÖVP-Einfluss im Koalitionsabkommen. Während etwa der neue Budgetvoranschlag 1987 gegenüber dem von der SPÖ-FPÖ-Regierung stammenden sechs Milliarden ein-

spart, erhält die Landwirtschaft 1,7 Milliarden mehr. Die Chance wurde vertan, grundlegende Massnahmen gegen die immer weniger finanzierbaren Überschüsse bei landwirtschaftlichen Produkten zu vereinbaren. Hier hat sich die ÖVP massiv durchgesetzt. Im Sozialsystem soll es Einschnitte geben: Streichung «überholter Leistungen» im Bereich der Sozialversicherung, Überprüfung von «Missbräuchen» beim Arbeitslosengeld, «Durchforstung der Sozial- und Subventionstarife» bei der Bundesbahn. Bestimmte Massnahmen werden die Arbeitsmarktsituation deutlich verschärfen: «gleitender Übergang in die Pension», Reduzierung der Ruhensbestimmungen für Pensionisten, Massnahmen gegen Frühpensionierungen, Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen. Als Hauptanliegen der Wirtschaftspolitik wird nicht etwa die Sicherung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus bezeichnet, sondern die Schaffung «optimaler nationaler Rahmenbedingungen für jene Unternehmen . . ., die wachsen können und wollen». Das ist Wende-Sprache. Entsprechendes Gewicht wird auf die – in Österreich gemessen am internationalen Vergleich ohnehin bereits sehr umfangreiche – Investitionsförderung gelegt, der Kapitalmarkt darf eine «Aktivierung» erwarten, die Eigenkapitalbildung der Unternehmen soll verstärkt gefördert werden, eine engere Zusammenarbeit mit der EG wird angekündigt. Der erhöhte Mehrwertsteuersatz für Luxusgüter wird für fast alle Produkte von 32 Prozent auf den Normaltarif von 20 Prozent abgesenkt, dafür erfolgt eine Erhöhung der Mineralölsteuer. Eine Erhöhung der Freibeträge für die Vermögensteuer wirkt in dieselbe Richtung, ebenso die mögliche Abschaffung der Börsenumsatzsteuer. Die verstaatlichte Industrie – neben der Landwirtschaft ein wesentlicher Defizitbringer im Budget – wird wesentlich härter angefasst als der Agrarbereich. Vorgesehen sind begrenzte Privatisierungen, Eigen-

leistungen der Belegschaften in Gestalt niedrigerer Lohnabschlüsse und letztmalige Finanzierungshilfen für öffentliche Unternehmungen in Schwierigkeiten.

Das einzige Mal, wo Entwicklungshilfe im Koalitionsabkommen vorkommt, wird diese signifikanterweise in einem Atemzug mit der «langfristigen Verbesserung der Marktchancen in Schwellen- und Entwicklungsländern» genannt.

Weiter wird Wert darauf gelegt, dass die «Nutzung und kreative Entwicklung unseres Humankapitals» zur «grossen bildungspolitischen und unternehmerischen Herausforderung» gereiche. Ehe und Familie sollen merkwürdigerweise in die Verfassung aufgenommen werden – was ist mit denjenigen, die andere Lebensformen wählen?

Es soll nicht verschwiegen werden, dass das Koalitionsabkommen auch positiv zu bewertende Massnahmen enthält: Im landwirtschaftlichen Bereich wird eine Reduzierung der im internationalen Vergleich viel zu hohen österreichischen Verarbeitungskosten angekündigt, «Bezieher kleinster Pensionen» sollen «zusätzliche Leistungen» erhalten (welche, wird nicht gesagt), ein Ausbau der Mitbestimmung für den einzelnen Lohn- und Gehaltsabhängigen soll kommen, schliesslich kündigen sich die Anrechnung der Betreuung schwerbehinderter Kinder als Ersatzzeit für die Pensionsversicherung und eine unbürokratische Hilfe für Schwangere in Not an.

Das Schwergewicht des Koalitionsabkommens liegt aber eindeutig auf einer stark marktwirtschaftlich orientierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und steht somit bürgerlichen Positionen nahe, dem SPÖ-Programm aber fern. Das Koalitionspapier ist denn auch nichts anderes als ein im Vergleich zu konservativ regierten Staaten gemässigttes Wende-Programm, das, falls es tatsächlich realisiert werden sollte, nicht nur in scharfem Widerspruch zu sozialistischen Positionen steht, sondern wohl auch schwere innerparteiliche Konflikte

heraufbeschwören wird. Die Parallele zur SPD-Politik unter Helmut Schmidt ist nicht zu verkennen.

Die Perspektive eines ökologischen Sozialismus

Sozialisten in der SPÖ haben es derzeit schwer. Die Frage stellt sich, wo es heute trotz alledem Ansatzpunkte für eine sozialistische Perspektive gibt. Das Koalitionspapier selbst legt diese Ansatzpunkte nahe. Es geht im ersten Schritt um eine Mobilisierung gegen Sozialabbau, der vor allem sozialdemokratische Stammwählerschichten treffen würde, sowie um eine Kampagne für die gerechte Verteilung der steuerlichen und sonstigen Lasten und um einen effektiven Umweltschutz.

Diese Mobilisierung soll der schon jetzt beträchtlichen und in der Folge wohl weiter ansteigenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung über Privilegien bestimmter Berufsgruppen, über die Belastung der Kleinen und die Arroganz der Mächtigen und über die immer schnellere Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen eine linke Plattform schaffen, statt dieses Protestpotential noch stärker als bisher in die Arme des Rechtspopulisten Jörg Haider zu treiben.

Eine solche Mobilisierung muss auf möglichst breiter Basis erfolgen und sollte eine Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Positionen umfassen, die sich eben in einem zentralen Punkt einig sind: im Kampf gegen den Neokonservatismus. Damit soll diese Mobilisierung ein Bündnis links von der Mitte herausbilden helfen, das längerfristig die Alternative zur grossen Koalition darstellen würde (und das nun, nach langen Geburtswehen, in der BRD sowohl innerhalb der SPD als auch der Grünen mehrheitsfähig zu werden scheint). Potential gibt es nicht wenig: Unzufriedene Sozialisten und Gewerkschafter, Teile der Grünen, christliche Gruppen.

Die Mobilisierung würde durch eine stärkere Eigenständigkeit der SPÖ gegenüber der Arbeit der Bundesregierung, durch ein Herausarbeiten der Unterschiede zwischen dem politischen Programm der Partei und den Kompromissen in der Regierung erleichtert. Es ist erfreulich, dass der Parteivorsitzende Sinowatz eine solche verstärkte Eigenständigkeit angekündigt hat. Dies wird freilich grundsätzliche Auseinandersetzungen in der SPÖ nicht verhindern; denn die Mobilisierung muss natürlich mit dem Widerstand jener rechten Kreise in der Sozialdemokratie rechnen, die kein Interesse mehr an einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft haben und die vieldiskutierte Wende lieber selbst vollziehen, als sie den Bürgerlichen zu überlassen.

Im Zuge der Mobilisierung wird das im Vordergrund stehen müssen, was bisher über weite Strecken verabsäumt wurde: Bewusstseinsbildung über die Funktionsweise des kapitalistischen Wirtschaftssystems, über dessen Begünstigte und dessen Opfer – an Hand ganz konkreter, politisch aktueller Beispiele. Solch eine Mobilisierung hätte bereits in der vor etwa zwei Jahren parteioffiziell begonnenen Zukunftsdiskussion «Perspektiven '90» beginnen können, deren Ziel es war, durch eine von der Parteibasis ausgehende und in ein «Zukunftsmanifest» mündende Debatte über die politischen Herausforderungen der Zeit bis zum Jahr 2000 eine ideologische Verlebendigung in der SPÖ herbeizuführen. An der Tatsache, dass diese Diskussion nur von einem Teil der Landesparteiorganisationen ernsthaft aufgegriffen wurde und dass mittlerweile auch die Bundespartei nicht genügend Augenmerk auf die Weiterführung des Diskussionsprozesses richtet – trotz angestrebter Bemühungen des Diskussionskoordinators Herbert Tieber –, zeigt sich einmal mehr das Defizit an sozialistischen Perspektiven in der SPÖ.

Die Kritik Bruno Kreiskys

Einen ersten Startschuss zur innerparteilichen Auseinandersetzung hat Bruno Kreisky selbst gegeben. Aus Protest gegen die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen – vor allem die Preisgabe des Aussenministeriums –, aber auch darüber hinaus aus tiefer Unzufriedenheit mit dem Rechtskurs der Partei hat Kreisky sämtliche Funktionen in der SPÖ – darunter den Ehrenvorsitz der Partei – zurückgelegt. In Interviews greift Kreisky die SPÖ-Führung (vor allem Sinowatz und Vranitzky, aber auch andere, denen er Stillhalten wider besseres Wissen vorwirft) massiv an. Im Zuge der Kritik hat sich – zum Vorteil der ganzen Sache – Kreiskys Schwerpunkt von zum Teil sehr persönlichen Vorwürfen gegen einzelne Spitzenfunktionäre zur sachpolitischen Ebene verlagert. Kreisky kritisiert vor allem die mangelnde Beachtung der Aussenpolitik durch die SPÖ und die Zurückdrängung jenes Vorrangs der Arbeitsplatzsicherung, der den «österreichischen Weg» sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik während der vergangenen Jahre kennzeichnete.

Günther Nenning ist zweifellos zuzustimmen, wenn er Kreisky vorwirft, dieser habe zu spät gesprochen, also zu lange geschwiegen. Zweitens kann man dem vor allem in linken Kreisen geäußerten Vorwurf schwerlich entgegentreten, Kreisky habe als Regierungschef selbst keineswegs einer linken Wirtschaftspolitik zum Durchbruch verholfen. Dies alles mag also eingewendet werden, trotzdem bleibt die Substanz der Kritik Kreiskys richtig. Kreisky hat in dieser Auseinandersetzung Schützenhilfe von den Jungsozialisten, von den ehemaligen Ministern Erwin Lanc – den die Parteirechte trotz eines sicheren Listenplatzes durch nachträgliche Zurückreihung um sein Parlamentsmandat gebracht und damit offenkundig Wählertäuschung betrieben hat – und Herbert Salcher sowie vom Autor dieses Beitrags erhalten. Anderer-

seits erleben wir als innerparteiliche Folge der Kreisky-Kritik im Moment einen merklichen Solidarisierungsprozess mit der heutigen Partei- und Regierungsführung. Die Frage ist aber, wie sich die Dinge entwickeln werden, wenn die Koalitionsmaßnahmen zu greifen beginnen. Wie wird sich die Gewerkschaft verhalten? Wie die Parteibasis? Welcher Druck wird ausserhalb der SPÖ entstehen? Wie sehr wird es gelingen, den Druck von aussen mit jenem von innen zu vernetzen? Ist eine Erneuerung der SPÖ als Regierungspartei noch möglich, oder bedarf es des bitteren Weges der SPD?

Aufgabe von Christen in der SPÖ

Die religiösen Sozialisten haben sich der Sozialdemokratie angeschlossen, weil sie im Sozialismus einen Schritt zum Reich Gottes sahen, das christliche Gebot der Nächstenliebe praktisch-politisch deuteten und in der demokratisch-sozialistischen Bewegung die beste Umsetzungsmöglichkeit erblickten.

Das heisst: Die Sozialdemokratie hat für religiöse Sozialisten instrumentalen Charakter. Sie ist Mittel, nicht Selbstzweck. Sie verlöre ihre Funktion, wenn sie wohl weiterhin Sozialistische Partei hiesse, aber nicht mehr sozialistisch wäre. Sozialistisch bedeutet: Grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen (Un)ordnung in Richtung auf Verhältnisse, die von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekennzeichnet sind, in der die Menschen in Frieden und Gerechtigkeit, im Einklang mit der Schöpfung, der Natur leben.

Zur Annäherung an diese Gesellschaftsordnung braucht es eine klare Analyse der kapitalistischen Mechanismen. Diese Analyse allein reicht aber nicht aus, wie folgende Bemerkung des Chefredakteurs des sozialistischen Zentralorgans «AZ», Manfred Scheuch, zeigt, die er zur Jahreswende geschrieben hat: «Und die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft verlangen Raum für die Unternehmer, der auch

Anreiz zum Verdienen enthält (wer uns deshalb kritisiert, kann uns leider kein System vorweisen, das mehr Wohlstand schafft).» Scheuch analysiert richtig und zieht daraus falsche Schlüsse. Sozialismus ist eben nicht nur sorgfältige wissenschaftliche Untersuchung gesellschaftlicher Zustände, sondern darüber hinaus die Entschlossenheit, diese Gesellschaft durch alle Menschen guten Willens gemeinsam zu verändern. Hoffnung und Zuversicht auf eine humane Zukunft verbinden Christentum und Sozialismus zutiefst. Es gilt die Erkenntnis: Gesellschaft ist von Menschen gemacht, sie kann auch durch Menschen verändert werden – wir Christen sagen noch dazu: mit Gottes Hilfe. Daher gibt es für einen Sozialisten kein merkwürdigeres Argument als jenes, deshalb, weil ein Zustand noch nicht existiere, lohne es sich nicht, ihn auch anzustreben. Sozialismus verkehrt sich solcherart in Konservativismus.

Dort, wo zentrale sozialistische Zielvorstellungen, wenn schon nicht ausdrücklich, so doch de facto aufgegeben werden, haben religiöse Sozialisten keinen Platz mehr – es sei denn im Widerstand. In einer solchen Situation bieten sich daher nur noch zwei Möglichkeiten an: eben im Widerstand das Instrument sozialistischer Bewegung wieder funktionsfähig zu machen (Erneuerung der Partei und der Gewerkschaft), oder, wenn das zu keinem Erfolg führt, Herstellung eines neuen, besser geeigneten Instruments. Ich persönlich ziehe den ersten Weg vor. Ob er Erfolg hat, kann ich derzeit nicht abschätzen.